

Philosophie und Politik: eine schicksalhafte Einheit

Von Gustav Ermecke

Es wird heute oft beklagt, daß das Verhältnis der Philosophie zur Politik so wenig bedacht und diskutiert wird. Diese Klage besteht zu Recht. Man weiß nicht recht, warum das so ist. Wenn vielen Politik ein garstiges Lied oder Geschäft bedeutet, in dem zumeist der gute Zweck auch unheilige Mittel heiligen soll, oder wenn Politik von »Realpolitikern« rein pragmatisch-utilitaristisch, rein nach Erfolgs- und Nützlichkeitsgesichtspunkten mittels der zu betreibenden Machttechnik verstanden wird, und wenn gar der Eindruck entsteht, »Politik verdirbt den Charakter«, so ist der eigentliche Grund dieser Anklagen eben der Hintergrund von so (miß-)verstandener Politik: die darin eingesetzte und angewandte (falsche) politische Philosophie. Wenn man die Jahrtausende überschaut, in denen notwendig zu allen Zeiten Politik, das heißt die praktische Gestaltung sozialer Lebensbereiche betrieben werden mußte und betrieben wurde, so erkennen wir überall die enge Verbindung zwischen Politik und Philosophie bis hin zu der Auffassung, daß eigentlich Philosophen die Könige (der Politik) sein sollten. Alle großen Politiker und alle bedeutsamen politischen Bewegungen lebten und handelten aus einer bestimmten (nicht bloß politischen, sondern allgemeinen) Philosophie, und alle großen Philosophen machten unmittelbar oder mittelbar Politik zum Gegenstand ihres Bedenkens und je nach dem, ob sie dabei den objektiven »Geist der Zeit« oder auch den subjektiven »Zeitgeist« trafen, fanden sie im praktischen politischen Alltag, in den politischen Programmen, Bewegungen und Gestaltungen ein geschichtsgestaltendes Echo. Was für den Politiker gilt, gilt auch für den Philosophen: Ihr Erfolg hängt weithin davon ab, in welcher Zeit es ihnen vergönnt ist zu wirken (vgl. die Inschrift auf dem Grabmal des Papstes Hadrian VI.). Das gilt auch für die Gegenwart. Alle Politik, welcher Art auch immer, baut notwendig auf einem bestimmten philosophischen Fundament auf. Das ist den Theoretikern und Lehrmeistern sowie den »Führern« im politischen Raum, den politischen Propagandisten und praktischen Gesetzesmachern durchaus bewußt, wenn auch die ihnen nachlaufenden »reinen Praktiker« das oft nicht merken und mehr auf Erfolg und Nutzen »ihrer Partei« und deren Interessen-Politik bedacht sind.

Wie also steht es mit dem Verhältnis von Politik und Philosophie? Offenbar müssen zwischen beiden untrennbare Beziehungen bestehen, die, ob man will oder nicht, stets so oder so verstanden und entsprechend gestaltet werden. Diese notwendigen Zusammenhänge werden sofort klar, wenn man näher bestimmt, was denn die beiden Begriffe Politik und Philosophie in Wirklichkeit ergreifen.

Leider aber, und das ist ebenso überraschend sowie in seinen Folgen tragisch, gibt es weder von Politik noch von Philosophie unter den Praktikern und – man muß die Reihenfolge hier geradezu umkehren – noch weniger unter den Theoretikern eine Übereinstimmung in dem, was mit Politik und was mit Philosophie gemeint ist.

So ist es kein Wunder, daß zwar viele in Vergangenheit und Gegenwart von Politik reden («Politik ist unser Schicksal», sagte Napoleon), aber kaum zwei Zeitgenossen in Theorie und Praxis darunter dasselbe verstehen. Ebenso geht es bei der Anerkennung der Hinter- und Urgründe politischen Denkens und Handelns, also des Verhältnisses von Philosophie und Politik.

Hier also liegt der geschichtlich tragische Grund für die Schicksale von Politik und Politikern in Vergangenheit und Gegenwart. Alle Formen von Politik geschahen und geschehen aus vor-politischen Gründen und Entscheidungen. Da diese aber selten richtig bestimmt und oft gar nicht bewußt werden, bleibt gewöhnlich nur übrig, Politik so zu verstehen, wie sie Max Weber definiert hat: »Politik wird für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates, zwischen Machtgruppen, die er umschließt.«¹

Politik wird nach dieser heute auch überwiegend von Theoretikern und Praktikern der Politik vertretenen Bestimmung wesentlich verstanden als Machteroberung und Machttechnik.

Die Tatsache, daß nach dieser Definition auch die schlimmsten politischen Verbrechen »Politik« genannt werden können, zwingt zu der Unterscheidung von Politik als *Tatsachenbegriff*, wie er aus der geschichtlichen Erfahrung gewonnen werden kann und in dem alle wie immer erscheinende Politik zusammengefaßt wird, und von Politik als *Normbegriff*, welcher nur das Politik nennt, was mit einem bestimmten Wesen und Ziel von Politik übereinstimmt.

Nach dem ersten *Tatsachenbegriff* haben auch Hitler und Stalin und andere Scheusale der Geschichte »Politik« gemacht, aber keine Politik, welche diesen Würdenamen verdient, sofern man darunter eben etwas anderes verstehen muß als brutalen hemmungslosen Gewaltmißbrauch.

Auch sonst läßt sich diese Unterscheidung zwischen *Tatsachen-* und *Normbegriffen* aufzeigen. So ist zum Beispiel falsches Rechnen auch Rechnen, aber nur richtiges Rechnen ist vollwertiges Rechnen.

Damit stehen wir schon mitten in unserem Problem: Politik als bloße Gewalttechnik und Politik als richtige Anwendung von Macht in Beobachtung gültiger Normen unterscheiden sich weniger durch die Technik und Gewalt als durch die Legitimation und die Weise ihrer Anwendung. Wo immer diese Legitimation hergeleitet wird, immer wird dabei zurückgegriffen auf das Verhältnis dieser Technik zu dem Bereich, auf dem sich diese »Fertigkeit des

¹ In: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1956, S. 830.

Machens« (= Technik) bezieht, und zu dem Bereich, der Gegenstand personaler Wert- und Freiheitsentscheidung, also seines normativen Freiheitsgebrauchs ist (also im Verhältnis zu dem, was die Alten die »Tugend« nannten als die Fertigkeit im sittlich guten Gebrauch der Freiheit).

Wie sonst menschliches Handeln ist auch Politik als Machttechnik bestimmt *objektiv* von dem, was dadurch gestaltet werden soll, und das sind einzig und allein die sozialen Lebensbereiche; und *subjektiv* von dem, der hier gestaltet, und das ist stets der Mensch in seiner Würde und Freiheit und darum Verantwortung. Die zu gestaltenden sozialen Lebensbereiche sind mannigfaltig, und deren konkrete Gestaltung nennen wir Politik. Das gilt nicht nur (wenn auch besonders) für den Staat, in dem das Volk seine soziale festgefügte Existenz erlangt. Aber was ist das Soziale, das in diesen Bereichen Gestalt gewinnt, anders als der Bereich des Mitmenschlichen und, wo dieser institutionalisierte Gestalt gewonnen hat, des Zwischenmenschlichen!

So geht es in jeder Politik um den Menschen in seiner Mit- und Zwischenmenschlichkeit. Mag auch der Tatsachenbegriff von Politik noch so weit sich von diesem Normbegriff entfernen und reine Machttechnik bedeuten, nur vom normativen Politikbegriff aus bleibt Politik davor bewahrt, zu einem »Kampfe aller gegen alle« zu entarten. Politik ist also nicht Herrschaft von Menschen über Menschen, so oft das auch der Fall ist oder zu sein scheint, sondern Politik ist wesentlich Dienst von Menschen an Menschen: Politik wird gemacht von Menschen für Menschen.

Nun ist es aber Aufgabe der Philosophie, alle, auch die soziale Wirklichkeit, vom Menschen her auf den Menschen hin zu interpretieren. Die Anthropologie, oder anschaulicher gesagt, das Menschenbild ist Voraussetzung für den Einstieg in die Politik und die Interpretation von jeder, auch der politisch zu gestaltenden Wirklichkeit.

So ergibt sich klar, daß jede Politik als Dienst von Menschen an Menschen unausweichlich zusammenhängt mit Philosophie als Interpretation der Wirklichkeit überhaupt, vor allem natürlich der sozialen, das heißt der mit- und zwischenmenschlichen.

Daraus wird ferner klar, warum unser Thema sich immer *notwendig* zu *allen* Zeiten stellt in *jeder* Politik. Sie ist, ob sie will oder nicht, richtige oder falsche Antwort auf die unausweichliche Frage, wie sie es mit dem Menschen und damit auch mit der Philosophie hält.

Ebenso klar ist schließlich: Wenn Philosophie den sozialen Bereich nicht ausklammert und wenn sie im vollen Sinne Philosophie ist, auch nicht ausklammern kann, dann hat sie notwendig auch in dem Bereich der politischen Praxis Nah- und Fernwirkungen und muß sie haben, und zwar in dem Maße, weil und wie die ihr zugrundegelegte Anthropologie für das mit- und zwischenmenschliche Leben unmittelbar Bedeutung hat.

Unter den unzähligen im Laufe der Geschichte herausgestellten Bestim-

mungen von Politik ragt besonders hervor die von Joh. Althusius: »Politica est ars homines ad vitam socialem constituendam, colendam et conservandam consociandi.«²

In dieser Definition ist genau das ausgesagt, was Politik als Normbegriff meint, und zwar nach ihrer subjektiven *und* objektiven Seite.

Politik und Philosophie heute

Alle Politik muß sich daher befragen lassen und ausweisen nach dem Selbstverständnis: Ist sie Dienst am Menschen durch Gestaltung der Lebensbereiche des Mit- und Zwischenmenschlichen und welches ist das ihr zugrundeliegende Menschenbild oder Menschenverständnis und ihr daraus folgendes praktisches Verständnis des Sozialen, um dessen Gestaltung es geht? Alle Philosophie, sofern sie Interpretation der ganzen Wirklichkeit vom Menschen her auf den Menschen hin sein will und zu sein hat, muß sich fragen lassen nach ihrer Verantwortung für den *ganzen* Menschen, auch im mit- und zwischenmenschlichen Bereich. Zu allen Zeiten hingen Theorie und Praxis in der Politik ab von der zugrundeliegenden Anthropologie und von dort her von der eingesetzten Philosophie. Da es sich bei der Politik stets subjektiv um den Einsatz von Freiheit handelt, war gerade die Lehre vom sittlich Guten, das heißt vom ganz-menschlichen richtigen Freiheitsgebrauch im politischen Bereich von zentraler Bedeutung oder – wissenschaftlich gesprochen – war philosophische Ethik für alle politische Theorie und Praxis grundlegend. Politische Ethik ist also das nächste *immer* anwesende Fundament politischer Entscheidungen, weil und insofern diese zu verantwortende normierte Freiheitsentscheidungen sind. Aber politische Ethik beruht auf der allgemeinen Philosophie des Politischen, das heißt auf der ontologischen (seinshaften) Interpretation des Sozialen bzw. der in Freiheit zu gestaltenden mit- und zwischenmenschlichen Lebenswirklichkeit. Auch für politische Ethik gilt dabei: sie ist normative Anthropologie; denn *agere sequitur esse*: das Wirken folgt dem Sein, ist Seinsentfaltung.

Schauen wir in unsere politische Gegenwart, so begegnet uns Politik als faktischer Begriff immer und überall.

Politik begegnet uns aber auch im Normbegriff, und zwar schon dort, wo Politik sich nicht bloß von Erfolg und Nützlichkeit der Machttechnik her begründet, sondern vom Menschen her. Die Frage ist dabei nur, von welchem Menschenbild dabei ausgegangen wird.

Zahlenmäßig am mächtigsten, wenn auch theoretisch am dürftigsten be-

² Politik ist die Kunst, Menschen zur Begründung, Pflege und Erhaltung des sozialen Lebens gesellschaftlich zusammenzuführen.

gründet und am meisten ideologisch, das heißt interessenmäßig einseitig und wirklichkeitsverfremdend ausgewiesen ist heute die kommunistisch-imperialistische Politik. In ihr wird praktisch mit Gewalt realisiert, was theoretisch aus der total und radikal (miß-)verstandenen Kollektivität des Menschen »begründet« wird. Solange die Technik der Gewalt zureicht, um das Aufbäumen des ganzen Menschen gegen diese seine kollektivistischen Vereinseitigung und Vergewaltigung zu unterdrücken, kann diese Machtpolitik aufgrund einer zum Teil dämonischen Machttechnik durchgeführt werden. Eines Tages wird sie aber am Menschen selbst scheitern.

Dieser kommunistisch-imperialistischen Politik, die, obwohl philosophisch »begründet«, mehr in den Bereich der faktischen als der normativen Politik gehört, steht gegenüber die individualistisch-liberalistische Politik, die weit hin die übrige »freie« Welt beherrscht. Hier droht das private und Gruppeninteresse die politischen mit- und zwischenmenschlichen Einheiten zu sprengen; sie läßt oft den Dienst in den sozialen Bereichen nur so weit zu, wie er jenem Interesse dient. Auch hier begründet eine falsche, weil den Menschen nicht in seiner Ganzmenschlichkeit annehmende Philosophie eine falsche Politik, so mannigfaltig im Inhalt und Herkommen auch deren philosophische Grundlagen und Begründungen sein mögen.

Gegenüber steht die unter sich sehr differenzierte übrige »dritte« Welt, die vor der Tatsache steht, daß die in ihr überkommene Philosophie und Politik, orientiert an der Erfahrung mit einem durch eine lange Geschichte geprägten Menschentum, für die politische Gestaltung der vor- und aufgegebenen sozialen Lebensbereiche heute nicht mehr zureicht. Soll sich diese Welt an der verkehrten, weil auf falscher Anthropologie beruhenden Politik der kommunistisch-kollektivistischen oder der individualistisch-liberalistischen Welt orientieren, von der sie sich »Entwicklungshilfe« geben läßt, dabei aber einer darin investierten politisch-philosophischen Einstellung begegnet, welche weder ihrer Tradition noch ihrer gegenwärtigen Lage und zu künftigen Aufgaben gerecht wird?

Hier steht heute die gegenwärtige Politik in Theorie und Praxis vor der Überprüfung ihres eigenen Selbstverständnisses und von dort aus auch ihrer politisch-sozialen Techniken. Bloße Gewalttechnik im Dienst von Privat- und Gruppen- bzw. Klassen- und Funktionärinteressen kann niemandem im mit- und zwischenmenschlichen Leben dienen. Hier steht heute aber auch jede Philosophie vor der Frage, ob sie sich überhaupt noch voll-richtig versteht und nach ihren gewöhnlich einseitigen anthropologischen Vorentscheidungen überhaupt noch richtig verstehen kann oder ob sie endgültig – bis wann? – aufhört, wissenschaftlich ernstgenommen zu werden, das heißt, ob sie, streng sachlich und nicht ideologisch orientiert, nach letzten Ursachen der Wirklichkeit forscht und nicht deren menschenverneinender Vergewaltigung dient. Jede Philosophie muß, wenn sie sich nicht bloß bewußt auf die Erforschung

eines bestimmten Bereiches oder Gesichtspunktes der Wirklichkeit beschränkt und dabei nicht deren Ganzheit ausschließt, notwendig in eine Ethik, in eine soziale Ethik und dann auch wenigstens implizite in eine Fundierung aller mitmenschlichen Gestaltungen von Wirklichkeit, das heißt auch der politisch-sozialen Lebensgestaltung, einmünden.

Wo immer aber Philosophie aus einer unwissenschaftlichen, weil nicht auf die ganze Wirklichkeit und ihre Erkenntnisse ausgerichteten Geisteshaltung betrieben wird, muß sie selbst versagen und leistet sie auch der Politik keinen oder gar einen schlechten Fundierungsdienst.

So ist schon richtig: Politiker müssen sich philosophisch und Philosophen müssen sich nach ihrer politischen Verantwortung befragen lassen.

Die oft angestrebte völlige Beziehungslosigkeit beider Bereiche, mag sie noch so oft und lautstark in machtpolitischem Wahn – aber auch dann nur vergeblich – als »realistisch« behauptet werden oder aus einer Lebensform der unverantwortlichen »aristokratischen Geisteshaltung« zur Vermeidung der Beschmutzung des eigenen wissenschaftlichen Denkens mit der politischen Praxis gemieden werden, ist die Ursache für die Ferne von faktischer Politik von ihrem normativen Maßstab, aber auch für die gesellschaftliche Unfruchtbarkeit von Philosophie für das politische Leben und seine Gestaltung.

Wir sprechen von der zu Unrecht angestrebten Beziehungslosigkeit von Politik und Philosophie, weil es zwischen beiden unausweichliche Beziehungen gibt, entweder wahre oder falsche. Offenbar sollte also doch die wahre Philosophie die Königin der Politik und die politische Gestaltung Vollendung wahrer Philosophie im praktischen sozialen Lebensalltag sein.

Hier setzt nun ein die Bedeutung gerade christlicher Philosophie für eine Politik aus christlicher Verantwortung. Leider ist dieses Thema wegen der Unklarheit der Begriffe und der grundsätzlichen Zusammenhänge des darin Begriffenen wenig diskutiert worden, wenn es auch oft einseitig zerredet wird.

Wenn christliche Philosophie den Menschen und damit auch das Soziale im definierten Sinne mit dem Licht der Vernunft wenigstens in seinen Grundlagen und den daraus zu ziehenden Grundfolgerungen für Ethos und Praxis richtig versteht, und auch christliche Politik versteht sich aus eben einer solchen christlichen Sozialphilosophie als Interpretation des Menschen im sozialen, das heißt mit- und zwischenmenschlichen Raum auf die Verwirklichung des Gemeinwohls hin, dann wundert es einen, wie wenig heute in der theoretischen und in der praktischen Politik die Bedeutung von christlicher Philosophie für christliche Politik richtig verstanden und artikuliert wird.

Wenn hier das Stichwort »christliche Philosophie« und (aus ihrem Geiste heraus) »christliche Politik« gefallen ist, dann meint das jene Gesamtheit der Wahrheitserkenntnisse in der Interpretation der Wirklichkeit vom Menschen her auf den Menschen hin (= Philosophie im allgemeinen), welche 1. Christen

mittels des Lichtes der Vernunft im Laufe der Zeit zusammengetragen haben; 2. die absolut verbindliche (und gerade für die Anthropologie so bedeutsame) Lehre des Glaubens (zum Beispiel hinsichtlich der Folge des Sündenfalls, welcher den Menschen, wie Pascal sagt, »ni ange ni bête« sein läßt) als negative Grenze anerkennt; 3. sich von den Glaubenswahrheiten (nicht verdrängen, wohl aber) zu vertieftem philosophisch-rationalem Bedenken der Wirklichkeit anregen läßt; 4. sich offen weiß für ihre ergänzende Vollendung in der Glaubenserkenntnis im allgemeinen und in der Glaubenswissenschaft der Theologie im besonderen.

Diese christlich-philosophische Anthropologie, die durch die zwei Jahrtausende gewachsen ist, aber offen ist und bleiben muß für ein immer tieferes Eindringen in die Lehre vom Menschen und damit auch des Sozialen, muß heute im Dialog mit anderen Philosophien viel aktiver eingesetzt werden, damit nicht die heute weit verbreiteten Irrtümer des Positivismus – Funktionalismus – Pragmatismus den Menschen beherrschen und damit das Soziale und seine Gestaltung durch Politik mißdeutend in Chaos stürzen.

Auf diesem Grund allein kann das »C« in der Politik, kann christliche Politik richtig verstanden und betätigt werden. Als man aber begann, auch im Bereich »christlicher Politiker« vor allem interessenmäßig, vor allem nach Augenblickserfolgen und Nützlichkeiten bei der Anwendung von politischen Machttechniken zu trachten, hat man das Verständnis für das eigentlich Politische und erst recht für christliche Politik verloren. Man weiß heute weithin nicht mehr, was sie ist und bedeuten kann. Aber gerade hier muß und kann eine Wende zum Wohl aller erfolgen, wenn wahre kritische, realistische Philosophie als Fundament menschedienlicher Politik anerkannt wird.

Da der Mensch und somit auch das Soziale als der Bereich des Mit- und Zwischen-Menschlichen letztlich nur vom absoluten Urgrund her, von Gott verstanden werden kann, so muß unser Thema noch tiefer durchdacht werden im Hinblick auf das Verhältnis von Theologie und Politik. Das meint aber mehr als eine im Anliegen beachtenswerte, in ihren Deklamationen leider oft modisch mißgedeutete »Politische Theologie«. Denn Theologie ist die Interpretation aller Wirklichkeit, auch der sozialen von Gott her auf Gott hin, und zwar nicht nur vom »Gott der Philosophen«, den es durchaus auch gibt (vgl. nur Röm 1 u. 2), sondern vom Gott der positiven in Christus vollendeten und von der Kirche in seinem Auftrag verbindlich verkündeten Heilsoffenbarung. Von hier aus gesehen ändern sich nicht unsere Aussagen zum Thema, aber sie vertiefen, läutern und vollenden sich in rational allein nicht mehr erreichbarer Weise. Im politischen Gespräch in unserer heutigen weltanschaulich »pluralistischen Gesellschaft« kommt es jedoch vor allem auf eine sichere, wenn auch theologisch letztlich noch unzureichende philosophische Interpretation von Politik als praktischer Gestaltung der sozialen Lebensbereiche auf das konkrete Gemeinwohl hin an.